

TZ
15.11.14

Zwei Meinungen, viele Argumente

Münchwilen Die Einheitsgemeinde kommt an die Urne. Die Schulgemeinde ist weiterhin dagegen. Nun begründet die Politische Gemeinde ihre Zustimmung.

Simon Dudle
hinterthurgau@thurgauerzeitung.ch

Die Rollen im von der SVP angestossenen Thema waren von Anfang an klar verteilt: Die Politische Gemeinde ist für, die Volksschulgemeinde gegen eine Einheitsgemeinde.

Schulpräsident Thomas Wyser hatte bereits vor knapp zwei Monaten seine Bedenken geäussert. Die Zusammenführung habe nicht mit dem Thema Bildung zu tun, sondern mit Finanzen und Personal. Das Kind stehe nicht im Fokus. Zudem befürchtet Wyser eine Degradierung der Schulbehörde, die sich einstimmig gegen die Einheitsgemeinde ausspricht (unsere Zeitung berichtet).

Unterschiedliche Resultate bei der Befragung

Vom Gemeinderat war vorerst nur bekannt, dass er grundsätzlich eine positive Haltung einnimmt. Im gestrigen Mitteilungsblatt der Gemeinde Münchwilen nimmt er nun detaillierter Stellung. Aus seiner Sicht überwiegen die



Ob im Münchwiler Gemeindeforum künftig auch über die Schule bestimmt wird, entscheiden 2017 die Stimmbürger. Bild: Simon Dudle

«Bei einem Zusammenschluss der Gemeinden steht das Kind nicht im Fokus.»

Thomas Wyser
Schulpräsident

Dafür werden im Mitteilungsblatt auf mehr als einer ganzen A4-Seite die andernorts gemachten Erfahrungen mit Einheitsgemeinden beleuchtet. Basis ist eine Befragung im Kanton Zürich, wo die Mehrheit der Bevölkerung in Einheitsgemeinden lebt. Die grosse Mehrheit der Behördenmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter, Schulleitungen und Elternvertretungen würden in der Einheitsgemeinde deutliche Vorteile sehen.

Auch in der Nachbargemeinde Simach, wo 2015 die Zusammenlegung erfolgte, seien die Erfahrungen im Gemeinderat und der Schulbehörde «durchwegs positiv». Im Bereich Bildung seien «bis heute keine Nachteile bekannt».

Dem entgegen Schulpräsident Wyser: «Wir haben diverse Interviews mit Vertretern von Zürcher Gemeinden geführt und andere Aussagen bekommen. Auch in Tobel haben mir Leute bestätigt, dass sie zurück zur ursprünglichen Form wollen.»

Abstimmung im Mai, Umsetzung per 2020

In knapp zwei Wochen wird das Thema erneut aktuell. Am 30. November legen die Schulbehörde und der Gemeinderat an den Gemeindeversammlungen, die unmittelbar nacheinander stattfinden, ihre Sicht der Dinge dar. Am 21. Mai 2017 werden die Stimmbürger an der Urne darüber befinden, ob die Einheitsgemeinde eingeführt wird oder nicht. Bei einem Ja wird eine Gemeindeordnung ausgearbeitet, über die im Herbst 2018 abgestimmt ist. Ab dem 1. Januar 2020 wäre Münchwilen eine Einheitsgemeinde. Dem Schulpräsidenten stünde ein Sitz im Gemeinderat zu.

Vorteile «deutlich». In einer Aufzählung werden nicht weniger als 18 Punkte aufgelistet, welche die Gemeindebehörde als Chance sieht. Zum Beispiel die effiziente und ganzheitliche Entscheidungsfindung, verbesserte Koordination in den Bereichen Sozialwesen, Kinder- und Jugendangeboten sowie ein einheitliches Vorgehen in der Orts- und Immobilienplanung. Auch für den Stimmbürger sieht die Behörde Vorteile, da die Anzahl Versammlungen pro Jahr von vier auf zwei halbiert werden kann und nur noch eine Behörde gewählt werden muss. Auch die

Vermeidung von Koordinationsarbeiten zwischen den verschiedenen Behörden sowie das Ausbleiben von Reibungsverlusten sind Gründe, wieso aus der Sicht des Gemeinderates eine Verschmelzung Sinn macht. Mit den Risiken hat sich der Gemeinderat ebenfalls auseinandergesetzt. Er nennt die «Veränderung der heute sehr gut aufeinander abgestimmten und ausgewogene Aufgabenteilung unter den Ressorts im Gemeinderat sowie innerhalb der Schulbehörde» als bedeutendstes Risiko. Weitere Punkte werden nicht genannt.

Mäder kritisiert Regio Wil

Eschlikon Nachdem im Aggloprogramm der ersten Generation noch keine Bundesgelder flossen und in der zweiten Generation immerhin 24 Millionen Franken, soll es nun ein weitaus höherer Betrag sein. Es geht um die Realisierung von Wil West, wo auf dem Gebiet zwischen Wil, Münchwilen und Sirmach bis zu 3000 Arbeitsplätze angesiedelt werden sollen. In der mehrjährigen Ausarbeitung des dritten Aggloprogramms wurde deshalb der Fokus auf dieses Projekt gelegt.

Diese Priorisierung war am Donnerstagabend an der Delegiertenversammlung in Wil für alle Delegierten verständlich. Darum erstaunte es auch nicht, dass sie das Programm ohne Gegenstimmen guthiessen, womit Einigkeit Richtung Bundesbern signalisiert wird.

Gerade in Uzwil beobachtet man den Vorgang aber auch kritisch. Markus Mahler, Präsident des lokalen Gewerbevereins, sagte: «Wir hätten auch in Uzwil die Möglichkeit, Gewerbe einfach und günstig anzusiedeln. Das ist in der nächsten Phase zu berücksichtigen.» Der Uzwiler Gemeinderat Bruno Cozzio ergänzte: «Den nächsten Schritt sehe ich im Raum Oberbüren, wo die Voraussetzungen gut sind. Wenn man Wil Ost rechtzeitig plant, ist man rechtzeitig bereit, um von einem erfolgreichen Projekt Wil West zu profitieren.»

Unzufriedenheit in Eschlikon

Kritik kam indes auch aus dem Hinterthurgau: Der Eschlikler Gemeindepräsident Hans Mäder zeigte sich unzufrieden und fügte sich nicht ernst genommen. Dies, weil seine Gemeinde im Rahmen der Vernehmlassung 23 Eingaben zum Aggloprogramm gemacht hatte, deren 19 aber nicht beachtet wurden. «Im Herz tuns das Vorgehen der Regio Wil weh, und wir fühlen uns missverstanden. Ich hätte das Aggloprogramm abgelehnt, liess mich aber vom Gemeinderat überstimmen», sagte Mäder.

Gesamthaft 37 Massnahmen haben die Priorität A und sollen – geht es nach der Regio Wil – mit bis zu 50 Prozent vom Bund subventioniert werden. Das Gros der Massnahmen betrifft das Gebiet Wil West und die Stadt Wil. Der Bund prüft nun die Unterlagen vertieft, ehe der Bundesrat voraussichtlich im September 2018 darüber befindet. Ab 2019 würde das Geld freigegeben. (sdu)